

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses**  
**am 09.04.2013**

Tagungsort: Nahariya-Raum (Kleiner Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 16:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Gerhard Henrichsmeier  
Herr Rainer Lux (Vorsitzender)  
Herr Frank Strothmann  
Herr Detlef Werner

SPD

Herr Hans Hamann  
Herr Hans-Werner Plaßmann  
Frau Karin Schrader  
Herr Dr. Nicolas Tsapos

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil  
Herr Klaus Rees

BfB

Herr Ralf Schulze

FDP

Herr Harald Buschmann

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Barbara Geilhaar (ab 16:10 Uhr; TOP 7)

Nicht anwesend:

Herr Holm Sternbacher (SPD)

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke

Herr Voßhans – Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten (zu TOP 4)

Herr Grinblats – Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen

Herr Berens – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Herr Stühmeier – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Frau Wemhöner – Amt für Finanzen und Beteiligungen (Schriftführerin)

**Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Herr Lux stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Finanz- und Personalausschusses fest.

## Öffentliche Sitzung:

**Zu Punkt 1**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 43. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 07.03.2013**

### Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 07.03.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 2**      **Mitteilungen**

Herr Löseke verweist auf den der Einladung beigefügten Zeitplan für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2014 und bittet um Beachtung.

-.-.-

**Zu Punkt 3**      **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

#### Zu Punkt 4

### **Weiterentwicklung des Amtes für Integration und interkulturelle Angelegenheiten mit Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5319/2009-2014

Auf Nachfrage von Herrn Werner erläutert Herr Voßhans kurz die finanziellen Auswirkungen. Ein positiver Effekt ergebe sich aus höheren Zuweisungen und durch Fluktuation entstehende Einsparungen im Personalkostenbereich.

#### **Beschluss:**

1. Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt die Einrichtung eines „Kommunalen Integrationszentrums“ i. S. d. § 7 TIntG NRW im Amt für Integration zum nächst möglichen Zeitpunkt, spätestens zum 31.07.2013 zu begrüßen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Stellenumschichtungen und die Einrichtung einer vom Land NRW in vollem Umfang refinanzierten 0,5-Verwaltungsassistentenkraftstelle zum nächst erreichbaren Stellenplan vorzusehen. Bis zu diesem Zeitpunkt soll die Kraft überplanmäßig bereit gestellt werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Beschlusses nach Ziffern 1, 2 beim Land NRW unverzüglich einen Antrag auf Förderung eines „Kommunalen Integrationszentrums“ zu stellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

#### Zu Punkt 5

### **36. Änderungssatzung zur Satzung über die Kostendeckung der Grundstücksentwässerung und der Abwasseruntersuchungen in der Stadt Bielefeld vom 22. November 1973 (KdS Grundstücksentwässerung)**

### **5. Nachtragssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bielefeld mit Gebührentarif vom 17. November 2001**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5463/2009-2014

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld die 36. Änderungssatzung zur KdS Grundstücksentwässerung vom 22. November 1973 gemäß Anlage 1 und die 5. Nachtragssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung mit Gebührentarif vom 17. November 2001 gemäß Anlage 2 zu beschließen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 6**

**Gesamtabschluss 2010 der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5488/2009-2014

Herr Löseke weist darauf hin, dass die dringende Notwendigkeit bestehe, die Verfahren zu den Jahresabschlüssen 2009 und 2010 zu beenden und appelliert an die Fraktionen darauf hinzuwirken, dass sich auch der Rechnungsprüfungsausschuss abschließend damit befasse. Seines Erachtens seien inzwischen alle notwendigen Informationen geflossen; diese Aussage werde er sich jedoch noch vom Leiter des Rechnungsprüfungsamtes bestätigen lassen. Herr Rees und Frau Schmidt erklären, dass es nach ihrem Kenntnisstand noch Klärungsbedarfe gebe. Herr Löseke sagt zu, sich dazu Frau Schmidt gegenüber nochmals zu äußern, wenn er mit dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes gesprochen habe. Im Übrigen sei eine zügige Abarbeitung erforderlich, da der Jahresabschluss 2012 letztmalig die Gelegenheit biete, Korrekturen an der Eröffnungsbilanz vorzunehmen. Danach seien alle Sachverhalte festgeschrieben. Herr Berens informiert anschließend kurz über den aktuellen Bearbeitungsstand und führt aus, dass hinsichtlich der Eröffnungsbilanz auf den 01.01.2009 aktuell der Abschluss des Anzeigeverfahrens bei der Kommunalaufsicht erwartet werde. Die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 wurden vom Rat an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen. Zum Abschluss 2009 gebe es einen Bericht des Rechnungsprüfungsamtes sowie eine dazu verfasste Stellungnahme der Verwaltung. Der Gesamtabschluss werde in der nächsten Sitzung des Rates ebenfalls an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen. Der Jahresabschluss 2011 werde noch vor den Sommerferien die Gremien erreichen; die Erstellung des Abschlusses 2012 werde sich unmittelbar anschließen.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

- 1. Der Entwurf des Gesamtabchlusses 2010 der Stadt Bielefeld wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Der Entwurf des Gesamtabchlusses 2010 wird an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung und Erstellung des Schlussberichtes gem. §§ 59 Abs. 3, 116 Abs. 6 GO NRW in Verbindung mit § 101 GO NRW überwiesen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 7**

**Konsolidierungsmaßnahmen im Haushalt 2013 ff. hier:  
Berücksichtigung von Vorschlägen aus der Bürgerschaft und  
von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5483/2009-2014

Auf Nachfrage von Frau Schmidt zum geplanten weiteren Verfahren erklärt Herr Löseke, dass hinsichtlich der Umsetzung von Maßnahmen eine Beteiligung der jeweiligen Fachausschüsse im erforderlichen Rahmen erfolgen werde. Im Übrigen werde der Oberbürgermeister im Rahmen seiner Zuständigkeit agieren. Herr Rees teilt mit, dass er über die Einsparvorschläge aus der Bürgerschaft und aus dem Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr erfreut sei. Unter Verweis auf Punkt 4 der Informationsvorlage kündigt er an, dass seine Fraktion im Hinblick auf die Weiterverfolgung von Vorschlägen teilweise eine abweichende Auffassung vertrete. Dazu werde er sich nach Abschluss der fraktionsinternen Abstimmung äußern. Herr Werner weist darauf hin, dass die Vorschläge nicht generell im Finanz- und Personalausschuss sondern in den einzelnen Fachausschüssen zu beraten seien. Auch seine Fraktion werde zur Weiterverfolgung einzelner Vorschläge Anträge stellen. Heute nehme man die Liste der Vorschläge lediglich zur Kenntnis. Herr Hamann schließt sich den Ausführungen von Herrn Rees und Herrn Werner grundsätzlich an. Frau Geilhaar weist auf die Bedeutung der politischen Auseinandersetzung mit den Vorschlägen hin.

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zu den Konsolidierungsvorschlägen aus der Bürgerschaft und von**

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt zu Kenntnis.

-.-.-

### Zu Punkt 8 **Konsolidierungsmaßnahmen im Haushalt 2013**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5518/2009-2014

Herr Löseke verliest zu diesem Punkt zunächst folgende Mitteilung:

Mit Beschluss zum Haushalt 2013 hat der Rat die Verwaltung am 7. März beauftragt, die Haushaltsansätze noch im Jahr 2013 zu reduzieren und schnellstmöglich konkrete Maßnahmen zu beschreiben und vorzulegen.

Die einzelnen Dezernate haben daraufhin ihre Bereiche auf Konsolidierungspotenziale hin untersucht. Der dieser Vorlage beigefügte Maßnahmenkatalog enthält – wie gewünscht - die kurzfristig erarbeiteten Umsetzungsvorschläge der Verwaltung. Er dient gleichzeitig der noch erforderlichen Plausibilisierung der Konsolidierungssumme gegenüber der Bezirksregierung bzw. unterstützt die Genehmigungsfähigkeit des HSK durch die Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde.

Die Umsetzung der Maßnahmen steht z. T. unter dem Vorbehalt politischer Beschlüsse, die sukzessive vorbereitet und vorgelegt werden. Im Begleitschreiben an die Bezirksregierung wird hierauf verdeutlichend hingewiesen.

Herr Werner stellt fest, dass auch die konkret für 2013 vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen in die Zuständigkeitsbereiche verschiedener Fachausschüsse fallen und rät zu deren Beteiligung. Frau Schmidt unterstützt diese Auffassung und äußert zu einigen vorgeschlagenen Maßnahmen Bedenken. Herr Löseke erklärt, dass die Verwaltung dafür sorgen werde, dass die zuständigen Fachausschüsse im erforderlichen Umfang vor einer Umsetzung von Maßnahmen beteiligt werden. Herr Werner teilt mit, dass er den Vorschlag, beim Jobcenter 6 Stellen einzusparen, ohne dass damit ein finanzieller Effekt verbunden sei, nicht gut heiße. Außerdem könne er nicht nachvollziehen, warum die Einsparvorschläge nicht schon zur Verabschiedung des Haushaltes 2013 gemacht wurden sondern erst kurz danach. Herr Rees dankt der Verwaltung für die erarbeiteten Vorschläge und weist unter Bezugnahme auf die Äußerungen von Herrn Löseke auf deren Bedeutung hin. Weiter erklärt er, dass auch aus seiner Sicht einzelne Maßnahmen den Fachausschüssen zur Beratung zuzuleiten sind. Herr Hamann weist darauf hin, dass die Verwaltung mit den vorliegenden Maßnahmen den Versuch unternahme, den politischen Haushaltsbegleitbeschluss umzusetzen. Er bedauere, dass die Vorstellung der Maßnahmen nicht in einer Beschlussvorlage sondern lediglich in Form einer Informationsvorlage erfolge. Seines Erachtens müsse die Politik alternative Maßnahmen vorschlagen, falls den Verwaltungsvorschlägen

nicht gefolgt werden solle.

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zu Konsolidierungsmaßnahmen im Haushalt 2013 zur Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 9**

**Erlass des Landes NRW zur Haushaltskonsolidierung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5521/2009-2014

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zum Erlass des Landes NRW zur Haushaltskonsolidierung zur Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 10**

**Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Finanzierung der Sanierung des Freibads Gadderbaum**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5466/2009-2014

Herr Lux verweist auf den als Tischvorlage verteilten Protokollauszug aus der Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum.

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Finanzierung der Sanierung des Freibads Gadderbaum zur Kenntnis.**

---



**Zu Punkt 11**      **Schuldenbericht 2012**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5272/2009-2014

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt den Schuldenbericht 2012 zur Kenntnis.**

-.-.-

**Zu Punkt 12**      **Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Überlassung von Schulräumen der Stadt Bielefeld an Dritte**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5109/2009-2014

**Beschluss:**

**Nach Anhörung der Bezirksvertretungen empfiehlt der Finanz- und Personalausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld die „Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Überlassung von Schulräumen der Stadt Bielefeld an Dritte“ zu beschließen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 13**      **Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2013/2014 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5333/2009-2014

Auf Nachfrage der Herren Hamann und Rees erklärt Herr Löseke unter Hinweis auf Punkt 3 des Beschlussvorschlages, dass Handlungserfordernisse, die sich ggf. aus der Verfügung der Bezirksregierung Detmold zum Haushalt 2013 ergeben, auch im Rahmen eines bereits beschlossenen Wirtschaftsplanes umzusetzen seien. Herr Lux bestätigt, dass diese Eingriffsmöglichkeiten bei eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen bestehen.

Beschluss:

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

- 1. Gem. § 4 Eigenbetriebsverordnung (EigVO) wird dem Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen und Orchester der Stadt Bielefeld (BuO) für das Wirtschaftsjahr 2013/2014 zugestimmt.**

**Es werden festgestellt:**

**Der Erfolgsplan mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1 (Anlage 1), der Vermögens- und Finanzplan (Anlage 2) und die Stellenübersicht (Anlage 3) in der vorgelegten Fassung.**

**Die mittelfristige Erfolgsplanung und die mittelfristige Vermögens- und Finanzplanung werden zur Kenntnis genommen.**

- 2. Die Betriebsleitung wird weiterhin ermächtigt, auf der Basis des genehmigten Erfolgsplanes 2013/2014, bis zur Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2014/2015 Verpflichtungen bis zur Höhe von 70% des für das Wirtschaftsjahr 2013/2014 geplanten spielplanbezogenen Aufwandes (Anlage 4) einzugehen.**
- 3. Die Einschränkungen der Übergangswirtschaft gelten für den Betrieb bis zum Erlass der Haushaltsverfügung der Bezirksregierung für den kommunalen Haushalt 2013 der Stadt Bielefeld fort. Sollten sich daraus Nebenbestimmungen bzw. Auflagen für die Durchführung des Wirtschaftsplanes ergeben, sind diese zu beachten und entsprechend umzusetzen.**

/(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14

1. Ausschüttung des nicht verbrauchten Eigenanteils der  
Ausbildungsverkehrs- Pauschale ais 2012
2. Festsetzung des bereitzustellenden Budgets nach 6.2  
der "Allgemeinen Vorschrift" für 2013

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5388/2009-2014

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat folgende  
Verwendung der Ausbildungsverkehrs-Pauschale nach § 11 a  
ÖPNVG zu beschließen:**

1. **Die aus 2012 nicht verbrauchten Mittel der  
Ausbildungsverkehrs-Pauschale werden zusätzlich zu den  
Mitteln aus 2013 an Verkehrsunternehmen weitergeleitet.**
2. **Das bereitgestellte Budget nach Ziffer 6.2 der allgemeinen  
Vorschrift wird für das Jahr 2013 auf 96% der Landesmittel  
festgesetzt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15

**Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2013/2014**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5277/2009-2014

**Beschluss:**

1. **Der Finanz- und Personalausschuss stellt den durch die**

Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2013/2014 fest und beauftragen die Fachverwaltung diesen bis zum 15.03.2013 an das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW zu melden:

	Platzzahl* Tageseinrichtungen	davon unter 3 Jahren	davon über 3 Jahren	Platzzahl Tagespflege
Ia	343	1.313	3.216	
Ib	1.511			
Ic	2.675			
IIa	25	25		
IIb	282	282		
IIc	1.287	1.287		
IIIa	578		578	
IIIb	1.966		1.966	
IIIc	3.039		3.039	
Summe	11.706	2.907	8.799	650**

Stand: 18.01.2013

\*Abweichungen gegenüber den Daten in der Anlage „Kindergartenbedarfsplanung“ ergeben sich aus der Tatsache, dass nicht alle Plätze über das KiBiz NW gefördert werden, insofern in dieser Vorlage keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 45 Plätze in den sog. Intensivhorten sowie 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

\*\*Inkl. 50 Reserveplätze Tagespflege

2. Gegenüber dem Land NRW werden auf der Basis der zurzeit vorliegenden Erkenntnisse, vorbehaltlich einer endgültigen verwaltungsmäßigen und medizinischen Prüfung des Integrationsbedarfes von Kindern, 339 Integrationsplätze gemeldet. Sollten im laufenden Kindergartenjahr weitere Bedarfe vorliegen, wird die Verwaltung beauftragt, diese nachzumelden.

3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2012/2013 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2014 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2013 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 16**      **Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 - ist beigefügt.)**

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.**

- einstimmig beschlossen -

---

Bielefeld, 09.04.2013

gez. Lux

\_\_\_\_\_  
Rainer Lux  
(Vorsitzender)

gez. Wemhöner

\_\_\_\_\_  
Heike Wemhöner  
(Schriftführerin)